

Jahreshauptversammlung wählt neuen Kreisvorstand

Die von sechzehn Mitgliedern und einem Gast besuchte Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes hat am 16. Februar 2023 im Hof-Forum Goslar einen neuen Kreisvorstand für zwei Jahre gewählt. Gewählt wurden auch vier Delegierte für den Landesparteitag und eine Delegierte für den Landesausschuss. Der Tätigkeitsbericht für die letzten zwei Jahre wurde entgegengenommen und diskutiert.

Die Mitglieder wählten einstimmig Peggy Plettner-Voigt und Michael Ohse als gleichberechtigte Vorsitzende. Nach vielen Jahren kandidierte Petra Stolzenburg aus persönlichen Gründen nicht mehr als Kreisvorsitzende, wurde aber einstimmig als Beisitzerin gewählt. Ulrich Hampe wurde erneut zum Schatzmeister gewählt. Christopher Schliewert aus Vienenburg als Beisitzer komplettiert den fünfköpfigen Vorstand. Beide erzielten ebenfalls einstimmige Wahlergebnisse. Peggy Plettner-Voigt erhielt das einstimmige Votum der Mitglieder für ihre erfolgreiche Kandidatur für den Landesvorstand beim Landesparteitag in Hannover (siehe Artikel Seite 3).

Für die erneute Kandidatur für das gleiche Amt im Vorstand benötigten Michael Ohse und Ulrich Hampe nach mehr als 8 Jahren laut Satzung das Votum der Mitgliederversammlung, welches einstimmig erteilt wurde. Es wurde die Wahl eines achtköpfigen Vorstandes beschlossen, so dass auf einer der nächsten Versammlungen noch Nachwahlen möglich sind. Mit der Wahl des 33jährigen aktiven IG-Metall-Gewerkschafters Christopher Schliewert fand immerhin bereits eine gewisse Verjüngung des Vorstandes statt.

Zu Beginn der Versammlung wurde der 16jährige Niklass Lewandowski, Mitglied der Linksjugend, als neues Mitglied im Kreisverband begrüßt.

Wie bereits auf der Mitgliederversammlung im November ausführlicher diskutiert, wurde nochmals das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl vor einem halben Jahr angesprochen. Mit 3% im Wahlkreis Goslar hat DIE LINKE nur knapp besser abgeschnitten als landesweit mit 2,7%. Demgegenüber hat unsere Direktkandidatin Peggy Plettner-Voigt ein auch im Landesverband beachtetes sehr gutes Erststimmenergebnis von 5,7% erzielt. Michaela Nennmann, die im Wahlkreis Einbeck mit Seesen und Langelsheim/Lutter für uns kandidiert hat, erhielt 2,6% Erststimmen und DIE LINKE 2,3% Zweitstimmen, Jannik

Föhrke im Wahlkreis Göttingen/Harz mit Clausthal-Zellerfeld und Braunlage 3,1% Erststimmen und DIE LINKE 2,7% Zweitstimmen.

Die finanzielle Lage im Kreisverband ist ordentlich, das stellten auch die Kassenprüfer fest. Die Ausgaben für den Landtagswahlkampf blieben knapp unter den beschlossenen 6.000 Euro, der Kassenbestand verringerte sich trotz der Wahlkampfkosten im Kalenderjahr bei Einnahmen und Ausgaben von etwa 20.000 Euro nur um knapp 100



Euro auf etwas über 11.000 Euro. Darin sind auch Rücklagen für den Kommunalwahlkampf in 2026 enthalten. Die Versammlung beschloss auch einstimmig den Antrag des alten Kreisvorstandes, keine Ortsverbände zu bestätigen. Auch der neu gewählte Kreisvorstand besteht komplett aus Goslarern, so dass die Existenz eines eigenen Ortsverbandes für Goslar nicht notwendig ist. Es wird wieder ein Sommerfest mit Live-Musik stattfinden. Auch ein Seminar zur Vorbereitung der Europawahlen im nächsten Jahr ist eingeplant. Das Wahlprogramm soll auf einem bundesweiten Europaparteitag im November 2023 beschlossen werden.

(Michael Ohse)

Aus dem Rat der Stadt Goslar

Unsere Stadt im neuen Glanz

Tja, das mit dem neuen ‚Glanz‘ war von der wahlkämpfenden Oberbürgermeister-Kandidatin sicher ganz anders gemeint.

Nach 15 Monaten Amtszeit der neuen Oberbürgermeisterin Schwerdtner wirkt die Stadt eher gruselig. War nicht mehr Sauberkeit ein zentrales Wahlversprechen. Aber gleich wo man hinsieht – die Dreckecken werden immer mehr.

Und der versprochene ‚neue Aufbruch‘ wird immer mehr zum Schiffbruch. Klimaschutz und Verkehrswende werden auf die lange Bank geschoben und teure Gutachten beauftragt. Dann muss man auch nicht für die längst notwendigen – aber für viele Menschen auch einschränkenden - Maßnahmen gerade stehen. Den ‚schwarzen Peter‘ haben dann die Gutachter mit ihren Empfehlungen.

Die ‚beste Bildung und Kinderbetreuung‘ aus der Wahlbroschüre von Frau Schwerdtner landet ebenfalls auf der langen Bank. Lange bekannt ist das Dilemma der fehlenden Schulräume an der Grundschule Oker – und nun auch der Goetheschule – sowie die fehlenden Schulmensen zur Ganztagsbetreuung. Nichts kommt voran. Am Ende sitzen die Schülerinnen und Schüler in Containern, weil die Zeit für endlose Diskussionen mit immer neuen Lösungsansätzen vertan wurde. Und mittlerweile auch das Geld fehlt.

Stattdessen viele Prestige-Projekte mit hohen finanziellen Aufwendungen. So die ‚Verschönerung am Breiten Tor‘ mit 2 Millionen Euro Etat für Kreisel und 50 Meter Straße.

Das Ganze wird dann noch als Verbesserung für den Radverkehr beschönigt – Radverkehr auf dann gepflasterten Wegen.

Dann 10 Millionen Sanierungskosten für die Mehrzweckhalle in Oker. Braucht es da zusätzlich neue Mehrzweckräume? Hätte die Sanierung des Sportbereichs nicht ausgereicht? Unser Vorschlag: Räume für die Grundschule (als Mensa oder Unterrichtsräume) an die Mehrzweckhalle Räume anzubauen. Leider im Rat abgelehnt.

Übrigens geht der städtische Haushalt 2023 mit ca. 10 Millionen Euro in die ‚Miesen‘. Dennoch werden schon wieder neue Projekte mit hohen Ausgaben den Goslarern versprochen. Woher das Geld kommt? Braucht man nicht, es wird doch nur versprochen und später wieder einkassiert oder auf St. Nimmerlein verschoben.

Noch immer gilt: Goslar, eine Stadt, die nicht weiß, was sie will. Keine klaren Ziele, jede Entscheidung wird separiert betrachtet und getroffen.

Goslar – 2023 ein Puzzle aus nunmehr 1101 Teilen (die leider nicht zueinander passen).

(Rüdiger Wohltmann)



DIE LINKE im Gespräch in CLZ – vorher Mandatsträger*innentreffen

Für den 7. März hatten wir zu einem Bürgersgespräch in die Gaststätte „Ratskeller“ in Clausthal-Zellerfeld eingeladen. Erschienen waren insgesamt 8 Personen, außer uns fünf Mandatierten ein Mitglied und zwei Einwohner aus der Stadt Clausthal-Zellerfeld. Diskutiert wurde über die geplante Ferienhaussiedlung in Buntenbock, die inzwischen doppelt so groß werden soll. Direkt beteiligt an dem Projekt ist auch die Glücksburg Consulting, die inzwischen zahlreiche Kommunen im Westharz berät.

Die Bewohnerinnen und Bewohner Buntenbocks kritisieren die unzureichend vorhandene Infrastruktur wie Parkplätze und öffentliche Toiletten sowie die Größe des Projekts, wenn insgesamt 200 Gäste im Hotel und allen Ferienwohnungen auf 600 Einheimische kommen. Tobias Schwerdt, der für DIE LINKE in der Ratsgruppe „Glück Auf“ arbeitet, sagte zu, dem Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung in Buntenbock vorzuschlagen. Thema war auch der umstrittene Neubau eines Aldi-

Marktes auf den Bergwiesen neben dem alten Aldi in Zellerfeld.

Bereits eine Stunde vor der öffentlichen Versammlung hatten sich die fünf Genossinnen und Genossen getroffen, die unsere sechs kommunalen Mandate im Landkreis Goslar ausüben. Neben Tobias in Clausthal-Zellerfeld ist in Langelsheim Martin Borchers für uns in der Ratsgruppe Die Grünen/DIE LINKE, Peggy-Plettner-Voigt und Rüdiger Wohltmann bilden unsere Kreistagsfraktion und Rüdiger Wohltmann und Michael Ohse unsere Ratsfraktion in Goslar.

Der Austausch über gemeinsame Themen und unterschiedliche Erfahrungen bei der Arbeit in den kommunalen Gremien soll drei bis vier Mal im Jahr an wechselnden Orten im Landkreis fortgesetzt und immer mit einer öffentlichen Sprechstunde verbunden werden.

(Michael Ohse)

Feuer und Flamme für die Linksjugend

Die Linksjugend Solid Goslar wird immer größer und immer aktiver. Seit Anfang des Jahres nehmen die Aktionen, an denen wir uns als Basisgruppe beteiligen, immer weiter zu, ob es regionale Demonstrationen sind oder die Vertretung und Vernetzung auf Landesebene. Wir werden endlich aktiv. Der Anfang des Jahres war hauptsächlich von Aufbauarbeit geprägt, wir versuchten seit Ende letzten Jahres unseren Instagram Account wieder aufzunehmen, dies gelang uns auch endlich Anfang März und unsere Social Media Arbeit konnte beginnen. Unsere Präsenz im Internet hat bereits die ersten Früchte getragen und es haben sich die ersten Interessenten gemeldet. Grundsätzlich wird bei unseren Plena oft und gerne diskutiert, weswegen es auch mal Treffen gibt, bei welchen wir nichts planen.

Am 18. und 19. Februar war die 32. Landesmitgliederversammlung der Linksjugend Niedersachsen in Leer. Leider konnten nur Gian und Ulf an diesem teilnehmen und trafen sich schon am Abend des 17. mit anderen Genoss*innen in Hannover, um am nächsten morgen früh loszufahren. Auf der LMV waren 40 anwesende Mitglieder. Die für sie wichtigsten Tagesordnungspunkte waren neben den Wahlen die einzelnen Anträge der Basisgruppen oder Einzelpersonen. Explizit waren es die Anträge "Unabhängigkeit von der Partei die LINKE bewahren", "kostenlose Menstruationsmittel", "30 Jahre sind genug - Aktiv werden gegen das PKK-Verbot", "Solidarität mit der HDP", "Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung!", "Lützi lebt in der Bewegung" und ein Antrag zur

Männlichkeitsplenum, bei welchem wir uns mit dem Thema Sorgearbeit und dessen Konstrukt auseinandergesetzt haben.



Für den Abend des 18. haben Ulf (Goslar), Dennis (Wolfenbüttel) und Linda (Hannover) aus dem Basisgruppenrat ein Abendprogramm geplant, welches sie nach Ende des Tages ausführten. Sie erstellten ein "rotes" Quiz über alles Mögliche, was auch nur im Entferntesten etwas mit Sozialismus zu tun hat. Wie zum Beispiel über

die Verbandsgeschichte oder das Erraten von Liedern. Am Ende ging das gesamte Spiel drei Stunden, worauf alle die nicht ins Bett gingen, gemeinsam sangen. Am nächsten Tag wurde eine Wahlwiederholung beantragt, da sich ein Kandidat nach seiner Wahl kritisch zu einem Thema geäußert hatte, dieser wurde dann auch nicht wieder gewählt. Nach weiteren Anträgen endete die LMV natürlich mit der Internationalen, was dann alle trotz Meinungsverschiedenheiten wieder zusammenschweißte hat.

Im März nahmen wir als Basisgruppe am Klimastreik vom 3.3.23 in Goslar teil (s. Foto), sowie am 18.3.23, dem internationalen Tag politischer Gefangenen, an einer Demo für diese und gegen staatliche Repressionen im Rahmen von Antifaschismus. Denn Antifa bleibt Handarbeit!



Positionierung gegenüber dem "Manifest für Frieden", die für sie persönlich wichtig waren. Gerade bei dem Thema "Manifest für Frieden" wurde sehr hitzig diskutiert, da Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, welche die Petition ins Leben gerufen haben, sich in der Vergangenheit transphob und ausländischerfeindlich geäußert haben. Auch eine wichtige Erfahrung war das kritische

(Gian Luca, Linksjugend Goslar)

Peggy Plettner-Voigt aus Goslar mit drittbestem Ergebnis im Landesvorstand

In der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule in Hannover-Mühlenberg hat DIE LINKE Niedersachsen am 11. + 12. März 2023 ihren Landesvorstand und weitere Gremien neu gewählt. Künftig wird die Landespartei von der Gewerkschafterin und Hafenarbeiterin Franziska Junker (Leer) sowie dem Sozialarbeiter und Leiter einer Obdachloseneinrichtung Thorben Peters (Lüneburg) als gleichberechtigte Co-Vorsitzende geführt.

Peters kündigte in seiner Bewerbungsrede vor etwa 160 Delegierten kündigte eine klare „friedens- und sozialpolitische Opposition“ an. Junker sagte: „Ich kämpfe für soziale Gerechtigkeit! Um das umzusetzen, brauchen wir eine starke LINKE!“

Mit einer Plakat-Aktion stellte sich der Landesparteitag geschlossen hinter die derzeit im öffentlichen Dienst Streikenden, die mit einer hohen Mindestforderung für einen auskömmlichen Tarifabschluss kämpfen.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Hilke Hochhei-

den und Ferry Marquardt, als Landesschatzmeister Wolfgang Haack und als stellvertretende Schatzmeisterin Marianne König gewählt. Als Landesgeschäftsführer wurde Christoph Podstawa bestätigt. Neue jugendpolitische Sprecherin ist Johanna Brauer.

In den erweiterten Landesvorstand wurden zudem Kai Beitelmann, Wolfgang Cornelius, Awa El-Scheich, Marianne Esders, Torben Franz, Thomas Goes, Maria Christina Luig-Steijn, Manuela Mast, Peggy Plettner-Voigt, Nicoline Rohweder, Lisa Schmitz und Hans-Herbert Ullrich gewählt.

Der Landesparteitag stand unter dem Motto „Sozialistisch – europäisch – friedlich“. Die Delegierten legten mit dem einstimmig angenommenen Leitantrag Grundlagen für den zukünftigen Kurs des Landesverbandes fest und bereiteten sich mit ersten Debatten auf die Europawahl 2024 vor.

(Michael Ohse)

Bewerbungsrede von Peggy Plettner-Voigt für den Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen, März 2023

„Ich bin Peggy aus dem Kreisverband Goslar und erst seit 2021 in unserer Partei, daher habe ich oft noch einen unbelasteten und aufgeschlossenen Blick auf viele unserer Themen. Vor Ort habe ich ein Mandat im Kreistag, bin aktiv im Friedensbündnis sowie Gründungsmitglied von Goslar Queer.

Als Kreisvorsitzende sind mir die Bindung und die Einbeziehung von Mitgliedern in politische Entscheidungen sowie Transparenz und Offenheit enorm wichtig.

Diese Arbeitsweise möchte ich mit in den Landesvorstand nehmen, denn es braucht eine intensivere Vernetzung mit und unter den Kreisverbänden, um diese zu stärken sowie eine effektive Zusammenarbeit zu erreichen.

Die flächendeckende Arbeit unserer Partei in ganz Niedersachsen muss gefördert werden.

Ich stehe als verheiratete, berufstätige, dreifache Mutter mitten im Leben, täglich konfrontiert mit der äußerst schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie

der unterbezahlten Frauenberufe – also mit der direkten sozialen Ungerechtigkeit.

Seit Jahren kämpfe ich als Kreiselternratsvorsitzende und



Peggy, mit grünem Pullover, in der Mitte des neu gewählten Landesvorstands

Mitglied des Landeselternrates für eine Verbesserung der lokalen Bildungssituation und des niedersächsischen Bildungssystems.

Zum ersten Mal hat eine Kultusministerin die Missstände klar benannt, setzt aber aus machstrategischen Gründen in der ehemaligen Oppositionsrolle entwickelte Lösungsansätze nicht um.

Bildung, das Thema, das Gesellschaft gestaltet und verändert, wird also wieder ein Hauptwahlthema zur nächsten Landtagswahl 2027 und ich möchte es als Mitglied der LAG-Bildung mit in den Landesvorstand nehmen.

Ich möchte Bildungsgerechtigkeit weiterhin als ein zentrales Thema unserer Politik etablieren, das wir verstärkt und öffentlich sichtbar in das Bewusstsein der Menschen in Niedersachsen bringen müssen. Niedersachsen braucht keine Bildungsreform, Niedersachsen braucht eine Bildungsrevolution! Ja, wir sind pluralistisch, vielfältig und Streitbar, aber das unterscheidet uns von allen anderen Parteien. Diese Vielfältigkeit müssen wir nutzen, weil wir damit viele unterschiedliche Gruppierungen erreichen. Insbesondere denen, die keine Kraft und keinen Mut haben, für ihre Interessen einzustehen, die in einer Welt der Konkurrenz ausgebeutet und gegeneinander ausge-

spielt werden, müssen wir in Niedersachsen eine Stimme geben. Dazu gehört auch, dass wir unsere Solidarität im Bündnis mit Gewerkschaften, Bewegungen, Verbänden und Initiativen intensivieren. Daher setze ich mich für die Realisierung eines jährlichen Niedersächsischen Ratschlags ein. Dieser Landesparteitag bestärkt meine politische Motivation und mein LINKEN-Selbstbewusstsein. Ich, Peggy, möchte dazu beitragen, rechtzeitig Wahlstrategien zu erarbeiten, DER LINKEN in Niedersachsen wieder eine kraftvolle öffentliche Stimme zu geben und Geschlossenheit nach außen zu transportieren. WIR, SOLIDARISCH, GEMEINSAM“

Produktion wichtiger Medikamente ist wieder angelaufen



Die Wiederaufnahme der Produktion dreier stark nachgefragter Medikamente konnte nach US Blockade wieder beginnen.

Nach neunmonatiger Unterbrechung können die drei Medikamente Salbutamol (Spray bei Asthma und chronischer Bronchitis), Fluticason (entzündungshemmender, antiallergischer Wirkstoff zur Behandlung u.a. bei Asthma) und Enalapril (Blutdrucksenker) wieder in Kuba her-



gestellt werden, teilte Dr. Eduardo Martínez Díaz, Präsident von BioCubaFarma, mit. Zudem werde ein neuer Blutdrucksenker, Lisinopril, entwickelt.

Hintergrund des Produktionsstopps war die plötzliche Beendigung der Lieferungen von pharmazeutischem Gas an die kubanische Industrie durch den bisherigen Handelspartner. Dieser hatte zwar keinen Grund genannt, die Zusammenarbeit einzustellen. Doch das Unternehmen hatte seinen Sitz in die Vereinigten Staaten von Amerika verlegt, weshalb die Sanktionen der US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba eine weitere Belieferung mit diesem essentiellen Rohstoff verunmöglicht hätten, führte Martínez Díaz aus.

„Nicht einmal die Bereitstellung kleinerer Mengen zur Überbrückung der Suche nach einem alternativen Lieferanten war möglich“, so Martínez Díaz weiter.

Um den Einsatz des Medikaments Salbutamol bei Patient*innen in Kuba während des Stillstands der Produktion zumindest ansatzweise abzusichern, musste es als Fertigprodukt von einem europäischen Unternehmen gekauft werden. Die Kosten schlugen mit rund vier Millionen US-Dollar zu Buche – ein Vielfaches dessen, was die Herstellung in Kuba kostet.

Im Falle des Blutdrucksenkers Enalapril wird die Produktion im Januar 2023 wieder aufgenommen. Im November 2022 hatte es Probleme gegeben aufgrund der verzögerten Lieferung eines Hilfsstoffs, der erst im Dezember im Land eintraf. Mit dem nun verfügbaren Rohmaterial werden 41 Millionen Tabletten hergestellt, was die Nachfrage nach diesem Medikament für einen Monat sichern wird. Für eine Produktion darüber hinaus werde weiterer Nachschub des Wirkstoffs erwartet.

Zudem wird im Rahmen eines Projekts zwischen BioCubaFarma und dem Gesundheitsministerium ein neues blutdrucksenkendes Medikament, Lisinopril, entwickelt. Dieses gibt den Wirkstoff über einen Zeitraum von 24 Stunden ab im Gegensatz zu Enalapril, von dem die meisten Menschen zwei Tabletten pro Tag einnehmen müssen. Damit verbessere sich die Lebensqualität von Bluthochdruckpatient*innen.

Dennoch ist die Lage im kubanischen Gesundheitswesen weiterhin angespannt. Cuba sí wird deshalb auch 2023 Einrichtungen des Gesundheitssystems in den Projektregionen unterstützen. Helfen Sie uns dabei!

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei
DIE LINKE/Cuba Sí
Empfänger: DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10

Quelle: cubainformación.tv

Stoppt die Eskalation! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine! Verhandlungen statt Panzer!

Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffen-Lieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie. Für die Menschen bedeutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat*innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! Die Bundesregierung hat nun entschieden, Leopard-2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Die ukrainische Regierung wünschte sich das. DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.



DIE LINKE fordert:

- Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.

- EU und Bundesregierung müssen diplomatische Initiativen starten, um aus der Logik von Krieg und Eskalation auszubrechen.
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.
- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard-2-Panzer und keine schweren Waffen in die Ukraine zu liefern.
- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Deutschland muss dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine. Die Schulden müssen erlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extra-Profite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!
- Die EU muss ein Vermögensregister einführen, um Geldwäsche und Vermögen der russischen Oligarchen besser anzugreifen.
- Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr erneut und im Gespräch sind 300 Mrd. Euro fürs Militär. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

(Quelle: www.die-linke.de)

Die „Selbstgerechte“

Am 13. Januar trafen wir uns mit 15 Mitgliedern und Sympathisant*innen, um über das Buch „Die Selbstgerechten“ von Sahra Wagenknecht zu diskutieren. Jeanette stellte das Buch vor, wobei wir immer wieder über einige Aussagen von Sahra diskutierten. Dabei hatten wir nicht alle dieselbe Meinung dazu. Zunächst ist festzustellen, dass Sahra Wagenknecht die beliebteste Politikerin der Linken in Deutschland ist. Ob dies an ihren Positionen oder an ihrer überdurchschnittlichen Präsenz im Fernsehen oder in den bürgerlichen Medien liegt, bleibt ungeklärt. Jedenfalls ist sie sehr bekannt

und allein durch ihr Aussehen (bes. Frisur und Kostüm) ein Markenzeichen. Bei der Diskussion um Sahras Positionen gingen die Meinungen auseinander. Wichtig ist jedoch eine Analyse des Wähler*innenpotenzials der Linken, um eine entsprechende Politik zu machen, die auf der Grundlage des Parteiprogramms basiert. Als Linke dürfen wir uns nicht spalten lassen, auch wenn wir in einzelnen Punkten nicht übereinstimmen.

(Karsten Färber und Peggy Plettner-Voigt)

Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen in Goslar

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Kollege Sebastian Wertmüller,

eure Tarifaueinandersetzung für mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst verfolgen wir intensiv. Eure Interessen, mit einem ausreichend hohen Abschluss die drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen und das weitere Abhängen der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst zu verhindern, sind allzu verständlich und werden von uns unterstützt.

Viele Mitglieder unserer Partei auch außerhalb des Öffentlichen Dienstes können gut nachempfinden, wie es den im öffentlichen Nahverkehr, in den Kindertagesstätten, in Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr, in Betriebshöfen und Verwaltungen arbeitenden Menschen geht, denn sie standen persönlich auch schon in ähnlichen Auseinandersetzungen. Wir finden es sehr gut, dass ihr in diesem Tarifkampf mit der Forderung von 500 Euro mindestens die berechtigten Ansprüche der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders berücksichtigt, denn nachweislich sind die Steigerungen der Lebenshaltungskosten insbesondere bei Mieten, Energie und Lebensmitteln höher, je niedriger das Einkommen ist.

In den Kommunalparlamenten werden wir uns dafür einsetzen, dass nach eurem hoffentlich erfolgreichen Kampf

die notwendige Steigerung bei den Personalkosten in den Haushaltberatungen entsprechend gewürdigt wird. Denn ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist zur Versorgung der allermeisten Menschen mit den Grundbedürfnissen nicht nur in Goslar unverzichtbar.



Streikversammlung am 2. März in Goslar

Mit solidarischen Grüßen

Glück Auf

Peggy Plettner-Voigt und Michael Ohse,

Vorsitzende Kreisverband Goslar

Rüdiger Wohltmann,

Fraktionsvorsitzender im Kreistag Goslar

Mehr Mindestlohnbetrug in Niedersachsen

Die Zahl der festgestellten Fälle von Mindestlohnbetrug in Niedersachsen sind gestiegen. Dies geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums an den linken Bundestagsabgeordneten Victor Perli hervor. Demnach stieg die Zahl der Fälle im Jahr 2022 landesweit auf 531. 2021 waren es 425 Fälle. Aufgrund von Corona gingen



die Zahlen zwischenzeitlich zurück.

Die Zahlen zeigen erneut, dass der Mindestlohn in Niedersachsen

zu wenig kontrolliert wird. 2022 rückte die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zu 4.503 Arbeitgeberprüfungen aus. Statistisch gesehen, muss von den 293.184 Betrieben in Niedersachsen ein einzelner somit nur alle 65 Jahre mit einer Kontrolle durch die FKS rechnen.

Die Aufdeckungsquote ist nach wie vor niedrig. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht davon aus, dass in Niedersachsen ca. 212.000 Menschen widerrechtlich der Mindestlohn vorenthalten wird. Gemessen an der Dunkelziffer sind im Jahr 2022 als nur 0,25% des Min-

destlohnbetrugs in Niedersachsen aufgedeckt worden!

Perli führt dazu aus: „Die Anzahl der Kontrollen in Niedersachsen bleibt über die Jahre erschreckend niedrig. Dabei wurde 2022 bei jeder achten Arbeitgeberkontrolle ein Verfahren wegen Mindestlohnbetrug eingeleitet. So lässt die Politik die über 200.000 Beschäftigten im Stich, die nach DGB-Berechnung in Niedersachsen um den gesetzlichen Mindestlohn geprellt werden. Unsere Anfrage deckt auf, dass bei Betrieben in Niedersachsen nur alle 65 Jahre überprüft wird, ob Mitarbeiter auch wirklich den Mindestlohn erhalten. Für mehr Kontrollen braucht es mehr Kontrolleure und strengere Regeln bei der Arbeitszeiterfassung. Es muss klar sein: Mindestlohnbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern knallharte Wirtschaftskriminalität, die aktiv verfolgt und bestraft wird. Es gab in Niedersachsen sogar ein Verfahren gegen einem Fußball-Zweitligisten. Das zeigt, dass es auch in Branchen Betrug gibt, in denen Millionen umgesetzt werden.“

Der derzeitige Mindestlohn liegt bei 12 Euro pro Stunde. Laut Perli, reicht dies nicht aus: „Die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro war richtig. Leider ist das Plus von der hohen Inflation längst wieder aufgeessen worden. Der Mindestlohn muss rasch auf 14 Euro steigen, damit er armutsfest ist.“

Um den Zoll zu unterstützen, betreibt Perli seit März 2021 das Meldeportal www.mindestlohnbetrug.de auf dem Betroffene anonym Verdachtsfälle melden können.

Termine

Donnerstag, 20. April 2023, 17.00 Uhr: Kreisvorstandssitzung im Büro

Montag, 1. Mai 2023, 10.00 Uhr: Treffen an der Kaiserpfalz zur Maidemo 2023 des DGB, **11.15 bis 13.00 Uhr:** Maifest auf der Museumsplaza. **Mairedner:** Dr. Patrick Schreiner, ver.di Bundesvorstand

Donnerstag, 11. Mai 2023, 19.00 Uhr: Kreismitgliederversammlung im Hof-Café

Sonntag, 18. Juni 2023, ab 11.00 Uhr: „Lange Bank“ von Bürgerstiftung und Freiwilligenagentur auf dem Marktplatz mit gemeinsamem Frühstück (Anmeldungen bei Peggy unter 01520 4498327)

Berlinfahrt – „Kultur für alle!“



Karl-Liebknecht-Haus, Parteizentrale der LINKEN in Berlin

Am 6./7. Juli fahren wir ab Goslar nach Berlin. Diesmal ist das Thema der Fahrt "Kultur für alle!" Wir werden verschiedene (Sozio-)Kultureinrichtungen wie

z.B. die KulturFabrik Moabit oder die Volksbühne besichtigen und dort über Kulturarbeit diskutieren.

Außerdem wird uns im Karl-Liebknecht-Haus der ehemalige Kultursenator Klaus Lederer über linke Kulturpolitik berichten. Zusätzlich wird Prof. Dr. Dietrich einen Vortrag über die Kulturpolitik in der DDR halten. Selbstverständlich werden wir den Bundestag mit Kuppel besuchen und an einer Plenarsitzung teilnehmen. Und MdB Victor Perli wird über seine Bundestagsarbeit berichten.

Anmeldungen unter: victor.perli.wk02@bundestag.de



(Karsten Färber)

Lesetipp

Ein Krieg, der keiner sein sollte

Russlands militärischer Überfall auf die Ukraine hat ganz Europa wie durch einen Donner Schlag tief erschüttert – die politischen und sozialen Folgen sind bis heute kaum zu ermessen. Für die deutsche Ostpolitik war bislang das Verhältnis zu Moskau – so oder so – eine richtungsweisende Wegmarke, die ganz nebenbei auch dem großen geografischen Raum, der nun einmal zwischen Berlin und Moskau liegt, ein entsprechend zurückgesetztes Maß verlieh. Daran hatten die Beitritte dieser Länder zur Europäischen Union und zur NATO zwar vieles geändert, aber das entscheidende Gewicht deutscher Ostpolitik blieb unverrückbar gesetzt. Erst Putins verzweifelte Entscheidung, in das Nachbarland einzumarschieren und es anzugreifen, rückt diesen Zwischenraum – der jetzt von Finnland bis Rumänien reicht und die Ukraine künftig einschließen wird – in einer ganz ungewollten Weise in den Vordergrund. Die beiden Autoren, Krzysztof Pilawski und Holger Politt, suchen zur Lage nach dem militärischen Einmarsch Russlands – auch aus der Sicht Polens, des unmittelbaren Nachbarn der Ukraine und des russischen Kaliningrad – nach geeigneten Perspektiven, die sich aus dieser dramatischen Zuspitzung der Verhältnisse im Osten Europas ergeben. Dabei sparen sie die vielfach verquickten historischen Linien nicht aus, die oft genug wie ein böser Fluch über diesem Raum zu liegen scheinen.

VSA:Verlag Hamburg, 2022, ISBN 978-3-96488-171-7, 176 Seiten, EUR 16,80



Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Goslar, Okerstraße 32, Goslar
Tel.: (0 53 21) 39 79 99, Fax: (0 53 21) 39 79 95
www.die-linke-goslar.de
E-Mail: die-linke-goslar@t-online.de

Redaktionell verantwortlich:

Michael Ohse

Spendenkonto: Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine

BIC: NOLADE21HIK

IBAN: DE11 2595 0130 0006 4710 72

